

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

NUR
Rüdel
Kunze
Siegert
Sindermann
Glatzer, Helene
Neuhof

Listes

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossen

Verlagspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., Halbjahrsmonat 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expeditions-
Büro: Dresden-Alt, Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 693 / Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt, Büttnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiter-
Zeitung Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 1,50 M. für die Restamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil eines
Anzeigen-Aufnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Verwaltung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Mai 1929

Nummer 105

Arbeiter! Genossen!

Heraus zur Protestkundgebung gegen das KZB-Verbot!

Heute Dienstag 18.30 Uhr auf dem Fischhofplatz, Dresden-Altstadt

Morgen Mittwoch Trauerkundgebungen für die Maigefallenen in allen Betrieben

Dresdens und Ostschlens während der Mittagszeit; 5 Minuten Arbeitsruhe im Verkehr! Gedenket der Opfer des Sozialfaschismus! Protestiert gegen das KZB-Verbot durch Masseneintritt in die Kommunistische Partei!

Wählt am 12. Mai nur Kommunistische Partei, Liste 5!

Der Polizeibericht lügt!

Ebenso wie die sozialdemokratische Presse / Das „Berliner Tageblatt“ enthüllt den sozialdemokratischen Polizeischwindel

Dresden, den 7. Mai 1929.

Bereits in unseren letzten Artikeln konnten wir darauf hinweisen, daß die Unverlässigkeit durch die Polizeibehörden und durch die sozialdemokratische Presse im Zusammenhang mit den Berliner Vorgängen bewußt gelassen und hinter das Licht geführt wurde. Die Morde, die im Zusammenhang mit den Vorgängen der Berliner Polizei festgestellt wurden, sollten von dem Konto des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten abgewälzt werden auf die Kommunistische Partei und auf die revolutionäre Arbeiterfront. An der Spitze dieser Hetzkampagne stand die Sozialdemokratie, die in einem schamlosen Versuch, die Verantwortung gegen die Kommunisten zu schieben und die eigene Blutschuld auf diese Weise zu verwischen, Schamloser noch als die Haltung des Parteivorstandes der SPD ist jedoch die Haltung der „Linken“ sozialdemokratischen Presse in Sachsen, insbesondere die der Dresdner Volkszeitung und des ostschlensischen Parteivorstandes der SPD. Nicht nur, daß kommentarlos und mit aufstrebender Heberstimmungen versehen, die Polizeiberichte wörtlich abgeschrieben wurden, sondern man brachte es sogar fertig, einen Handzettel mit dem Aufruf der sozialdemokratischen Parteiführung und des SPD-Parteivorstandes zu verbreiten, und zwar wurde dieses gemeine Pamphlet eigens von dem ostschlensischen Parteivorstand in Witten herbeigekleidet.

Diese offene Solidaritätsaktion für Blutjörgel und für die Panzerkreuzer-Minister

wird jetzt in ihrer ganzen Schamlosigkeit durch die Enthüllungen der bürgerlichen Presse über den Charakter der Polizeiaktion entlarvt. Bei dem Vorgehen der Polizei hat sich nämlich eindeutig gezeigt, daß es gar nicht darauf ankam, wie man überhaupt, Ruhe zu schaffen, sondern daß man Tote haben wollte, um gegen die Kommunisten hetzen zu können. Dabei wurden 21 Menschen gemordet, darunter Frauen und ihren Beruf ausübende bürgerliche Journalisten. Das was die bürgerliche Presse, die unter dem Druck der hinter ihr stehenden Kreise geriet, zuerst zaghaft und jetzt immer lauter die wahnsinnige Polizeiaktion zu desavouieren. Einzig und allein die sozialdemokratische Presse, an der Spitze der Borwärts und die Dresdner Volkszeitung, verteidigten und verteidigen das Blutbad des Polizeiregimes. Wir dringen an anderer Stelle eine Anzahl Zitate der Frankfurter Zeitung und der bürgerlichen Berliner Volkszeitung. Hier wollen wir nur nebeneinander ein Zitat aus der Dresdner Volkszeitung und eine Enthüllung über den Polizeibericht durch das Berliner Tageblatt veröffentlichen. Wir fordern insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter auf, beide Zitate zu prüfen und überlassen ihnen dann getrost die Entscheidung.

Die Dresdner Volkszeitung schreibt:

Die KPD-Zentrale wollte Propagandaleichen, und sie bekam Arbeiterleichen in Hülle und Fülle. Sie hat einen neuen Blutruf aufgestellt, der verurteilt hat an den mitteldeutschen Hohe-Rufsch erinnert. Bis jetzt 22 Tote und weit über 100 Schwere und Leichtverletzte. „Kein Toter auf Seiten der Polizei“ — mit dieser Behauptung wollen die Blätter der Berliner Salontommunisten beweisen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Polizisten die Anreißer seien. Was soll diese Verlogenheit, wo solangun allemmäßig steht, daß die kommunistische Presse vor dem 1. Mai ausdrücklich erklärt hat, sie werde auch um den Preis von Leichen das „Recht auf die Straße“ der Polizei abtrotzen. Schließlich sind die Barrikaden im Norden und Süden Berlins von den Kommunisten nicht zum Zeitvertrieb gebaut worden. Die Blutschuld der Kommunisten steht nun einmal einwandfrei fest. Sie wollten Leichen, sie haben Leichen. Das vergossene Arbeiterblut bleibt an ihnen kleben. Die Polizei zeigte sich auch in der vergangenen Nacht vollkommen Herr der Lage. Ihren Anordnungen wurde sowohl auf dem Wedding als auch in Neutölln ohne weiteres Folge geleistet. Wo sich auch nur der geringste Widerstand zeigte, wurde rücksichtslos — manchmal übermäßig rücksichtslos — durchgegriffen. Doch wer kann die Beamten deshalb verurteilen? Gerechtfertigt und geprügelt bis

zum Leuten, versehen sie jetzt seit drei Tagen fast ohne Unterbrechung einen schweren Dienst, von Minute zu Minute in Gefahr, feiger Mörderhand aus dem Hinterhalt zum Opfer zu fallen.

Das Berliner Tageblatt enthüllt:

Die Polizeiberichte
Phantastie und Wirklichkeit

Wir konnten im gestrigen Abendblatt die amtliche Verurteilung von den Maitagen in Neutölln und Wedding wiedergeben. Zu unserer aufrichtigen Genugung wird in ihr festgestellt, daß — gegenüber 22 Toten und 73 Schwerverletzten aus der Bevölkerung — nur ein Beamter der Polizei eine Schußverletzung erlitten hat. So uneingeschränkt erkenntlich das ist, so unerfreulich ist der Gegensatz, in dem die Berichte der Polizei zu dieser Tatsache standen. Wir haben schon im Abendblatt die Ausdrücke „proletarisches Feuer“ und „Geldschuß“ zitiert und jene seltsame Anekdote von den vierzehn in den Händen der Beamten geschossenen Karabinern wiedergegeben. Aber es hat überhaupt in den Polizeiberichten nicht an Ausdrücken gefehlt, die an die Großkampagne von der Sonne oder Verdun erinnern, die allerdings meist den Weg in die Spalten des Berliner Tageblatts nicht gefunden haben. Einmal wurde von den „erbitterten Barrikadenkämpfern“ gesprochen, die „im Dunkel ausgehohlet“ wurden, von „wütenden Kämpfern“, in denen „die kommunistischen Schützenkrieger auf den Dächern“ ausgeräumt werden mußten. Ein andermal hieß es, „die Kampfhandlungen“ seien „mit verstärkter Heftigkeit“ aufgelaufen.

Diesen Berichten stand die Presse meist ohne die Möglichkeit ausreichender Kontrolle gegenüber, nicht nur deshalb, weil die Ereignisse sich im Dunkel abspielten und es lebensgefährlich war, sich in die Kampfszone, besser Schießzone zu begeben, sondern vor allem, weil sie in der Ausübung ihrer Berufspflicht aufs schwerste behindert wurde. Nachträglich läßt sich um so leichter benennen, in welcher unverständlichen Gegensatz die Wirklichkeit zu den Bekanntmachungen der Polizei gestanden haben muß. Die höchst erfreuliche Tatsache, daß nur ein Beamter durch einen Schuß verletzt wurde — und wie leicht kann dieser eine Schuß von einem Kameraden gestammt haben, beweist zur Evidenz, was von den „Kämpfen“ mit den vielen schmächtlichen Bewörtern zu halten ist. Die Unternehmung, die mit Bestimmtheit erwartet werden darf, wird ergeben, wessen Phantastie zum Schaden der öffentlichen Ruhe hier so schrankenlos gemollet hat.

Hier zeigt sich die ganze Strupellosigkeit der sozialdemokratischen Presse heillosheit die „Kriegsberichte“ unter den demokratischen Presse heillosheit die „Kriegsberichte“ unter den Arbeitermassen verbreitet, um dem Staatsapparat Propagandadienste zu leisten. Uge über Uge hat sie ihren bedauernden Vortern in das Gehirn eingepreßt, um sie daran zu hindern, die Blutschuld ihres Parteigenossen Jörgel zu beantworten durch Abrechnung mit der Sozialdemokratie und Anschlag an die Kommunistische Partei. Daß die Kommunistische Partei keine Blutschuld auf sich geladen hat, daß sie weder Tote wollte, noch die Bevölkerung vor die Karabiner der blauen und grünen Soldateska trieb, beweist die Tatsache, daß nach der Erklärung der Frankfurter Zeitung die Leute in den abgeperrten Bezirken, die Augenzeuge der Vorgänge sind, „ohne Unterschied der Partei“ das Verfehlen der Polizei aufs schärfste verurteilten.

Damit ist die ganze Lügenhebe der Dresdner Volkszeitung zusammengebrochen.

Große Beamten-Verfammling

Heute 19.30 Uhr, Annensäle, großer Saal

Ref.: Ernst Torgler, M. d. R.

Aber schon rüstet sich das Organ der Größlich und Sachs, der Edel und Wedel zu einem neuen Schurkenreich. Sie veröffentlichen gestern das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Sozialdemokraten Jörgel ohne jeden Kommentar. Hier ist es uns möglich, durch eine andere sozialdemokratische Zeitung das Verbrecherische an der Schreibweise der Dresdner Volkszeitung nachzuweisen. Wir bringen im Anschlag ein Zitat der Dresdner Volkszeitung und eins aus der Volkszeitung für das Vogtland. Auch hier überlassen wir insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern das Urteil über die Frage:

Wer ist verantwortlich? Wer trägt die Blutschuld?

Die Dresdner Volkszeitung heßt

„Der Rote Frontkämpferbund verboten“

Der preussische Minister des Innern hat am Sonntagabend im Einvernehmen mit dem preussischen Ministerpräsidenten den Roten Frontkämpferbund für Preußen verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Seine amtliche Bekanntgabe wird im Verlauf des heutigen Vormittags erfolgen. Das Verbot gründet sich insbesondere auf die Vorgänge der letzten Tage in Berlin. Es steht einwandfrei fest, daß der Rote Frontkämpferbund ebenso wie die Kommunistische Partei die blutigen Knochenergebnisse gewollt und sowohl zu ihrer Vorbereitung als auch zu ihrer Verwirklichung alles getan hat. Es kommt hinzu, daß sich der Roten Frontkämpferbund — wie an Hunderten von Beispielen gezeigt werden kann — in letzter Zeit immer mehr als Kadavertuppe entwickelt hat. Wie oft sind in den letzten Monaten und Wochen allein Sozialdemokraten von Anhängern des Roten Frontkämpferbundes blutig geschlagen, niedergestochen oder erschossen worden. Diese Gräueltaten haben ebenso die Billigung des Roten Frontkämpferbundes gefunden wie die verhängnisvollen Zusammenstöße und deren Ergebnis in Berlin.

Wie wir erfahren, will der Roten Frontkämpferbund bei dem Staatsgerichtshof gegen die preussischen Maßnahmen protestieren und über deren Zulässigkeit eine richterliche Entscheidung herbeiführen lassen.

Die Volkszeitung für das Vogtland schreibt:

„Das Wesentliche ist, daß nunmehr tatsächlich in Preußen der Rote Frontkämpferbund verboten ist. Die Tragödie der unbegreiflichen preussischen Polizeimajestäts ist damit um einen weiteren Akt bereichert.“

Schon rein formal gesehen erscheint uns dieses Verbot nicht gerechtfertigt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, wie wir zu den Schieberen am Wedding und in Neutölln stehen. Wir haben es verstanden, daß Berliner Arbeiter sich das Recht auf die Straßendemonstration am 1. Mai nicht nehmen lassen wollten, auch durch kein Polizeiverbot. Und wir wollen ausdrücklich darauf hinweisen, daß diese Demonstrationen ganz offenbar in den Händen organisierter, politisch geschulter Arbeiter gelegen haben.

Denn bei diesen eigentlichen Maidemonstrationen, die trotz des polizeilichen Verbotes stattfanden, hat es keine Tote gegeben.

Die Demonstranten sind auseinandergegangen, wenn die Polizei kam, sie haben sich wieder gelammert, wenn sie weg war. Und wir glauben, daß unter diesen Demonstranten auch gute Sozialdemokraten waren. Sie haben keinen Polizisten den Vorwand zu Schieberen geboten, die Opfer gelordert hätten. Das ist die beste, in jahrzehntelanger sozialdemokratischer Tradition bewährte Methode, zu beweisen, daß die Polizei machtlos ist, wenn Massen — disziplinierte Massen! — wirklich einen lebendigen politischen Willen haben.“

Wesentlich ist natürlich, daß auch die sozialdemokratische Volkszeitung für das Vogtland nach ihrer eigenen Erklärung nur deshalb gegen das Verbot Stellung nimmt, weil dadurch der in ihrer Phantastie vorhandene Zerfall der KPD aufgehalten wird.

G
Rahlsaal
Konditor
Fabrik
Dessauer
elbe
koul
entent!
mann
Friseur
Gemeine
erie
i Neul
Wid- und
handlung
gänger
BERT
mann
ot
lich
arten
Gran

18
moderner
Arbeiter
Verantwortl
Krug
ernspr. 1180
38
Konditor
ephon 2805
fabrik
itzsch
Eisenwitzer Str.
habe die
ormalbewer
terea
Dessauer
öhe 135
Lederwaren
el
er Straße 2
nzenstr. 51
hon 17321
ermittel
platt beh
kauer 61-
athalle
vertraut
for
andlung
n: 5253
waren
51
hel
averleth
straße 44
93
koul
entent!
mann
Friseur
Gemeine
erie
i Neul
Wid- und
handlung
gänger
BERT
mann
ot
lich
arten
Gran